



Foto: Axel Hoffmann/pixelo.de

Strom aus Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerken ist viel zu günstig, weil deren frühere Finanzhilfen und Folgekosten nicht mit eingepreist werden.

**A**m 15. Oktober wird der Aufschlag, den jeder kleine Verbraucher in Deutschland für den Ausbau der erneuerbaren Energien bezahlen muss, für 2013 neu beziffert. Es gilt als sicher, dass diese Umlage, die sich aus der Differenz aus dem Strombörsenpreis und der Vergütung gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bemisst, von derzeit 3,59 Cent auf rund fünf Cent pro Kilowattstunde ansteigen wird und damit auch der Strom aus der Steckdose teurer wird (derzeit knapp 26 Cent). Doch ist es deshalb gerechtfertigt, die geförderten Öko-Energien wieder als unzumutbare Preistreiber zu brandmarken?

„Die Debatte um die erneuerbaren Energien als Kostentreiber ist unsachlich, geradezu hysterisch“, sagt Swantje Kuchler vom Berliner Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Um die Diskussion wieder mehr zu versachlichen, hat die Wissenschaftlerin in einer Studie für Greenpeace energy und den Bundesverband Windener-

gie berechnet, was der Strom kosten würde, wenn man die jahrzehntelangen staatlichen Förderungen für Atomenergie, Stein- und Braunkohle mitberücksichtigt – und zudem noch die externen Folgekosten (auch für Erdgas) durch Klima- und Umweltschäden sowie Risiken, die eine nukleare Unfall mit sich brächten. Flössen diese „versteckten Kosten“ mit ein nach Art der EEG-Umlage – die Studie nennt sie die Konventionelle-Energien-Umlage –, dann „würden private Haushalte im Jahr 2012 statt 26 Cent durchschnittlich 37 Cent für eine Kilowattstunde Strom bezahlen“.

Was lernen wir nun daraus? Der aktuelle Strompreis ist so gesehen immer noch günstig – und der EEG-Aufschlag ist, wie Marcel Keiffenheim von Greenpeace energy das sagt, „eine Investition in die Zukunft“. Schließlich sollen bald alle Atommeiler und in fernerer Zukunft auch alle Kohlekraftwerke der Umwelt und dem Klima zuliebe abgeschaltet werden.

Wegen der steigenden EEG-Umlage werden die Haushalte im kommenden Jahr für Strom voraussichtlich fünf Euro im Monat mehr zu zahlen haben. Nicht viel also und ein Grund, sich seines Stromkonsums noch bewusster zu werden, und wenn möglich, noch mehr davon einzusparen. Im Durchschnitt geben die Deutschen zwei Prozent ihres Einkommens für Elektrizität aus.

Einerseits zahlt man wegen der Ökoulage mehr für Strom. Andererseits führt der Ausbau der Erneuerbaren dazu, dass der Strompreis an der Börse sinkt. Demnach werden die Beschaffungskosten für Energieversorger also immer weniger. Doch warum hat der Verbraucher davon nichts? Ganz einfach, weil sie die gesunkenen Einkaufspreise nicht an die Haushaltskunden weitergeben – und weil die Kleinkonsumenten den Stromverbrauch der energieintensiven Industrie mitschultern müssen, die von der EEG-Umlage nahezu befreit ist. Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Der Energieexperte Gunnar Harms hat für die grüne Bundestagsfraktion errechnet, dass der Beschaffungspreis für Strom an der Börse seit 2011 trotz der Stilllegung von acht Kernkraftwerken um zehn bis 20 Prozent gefallen sei, seit 2008 gar annähernd um die Hälfte. Wäre dieser Preisvorteil bei den Stromkunden angekommen, müsste die Kilowattstunde demnach rund zwei Cent weniger kosten. Diese sinkenden Börsenpreise, ausgelöst durch zunehmenden Ökostrom, wurden aber nicht weitergegeben. Demnach seien den Verbrauchern dieses Jahr „Preisnachlässe im Gesamtvolumen von 3 Mrd. Euro vorenthalten worden“, kritisieren die Grünen und empfehlen einen Wechsel des Versorgers. Doch dazu soll sich bisher erst rund die Hälfte der deutschen Haushalte durchgerungen haben, berichtet die *Süddeutsche Zeitung*.

Dass der Börsenpreis für Strom sinkt und die EEG-Umlage damit erhöht, weil immer mehr grüner Strom produziert wird, ist die Crux dieses Fördermodells. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) müsse daher grundlegend reformiert werden, empfiehlt die Deutsche Energieagentur (s. S. 8) und fordert vehement Philipp Rösler. Dem FDP-Bundeswirtschaftsminister kann es nicht schnell genug gehen, das EEG in seiner jetzigen Form abzuschaffen. Er will die Reform noch in dieser Legislaturperiode.

Doch da ist noch Peter Altmaier vor. Der CDU-Umweltminister warnt vor „Schnellschüssen“. Nach einem ergebnislosen Gipfeltreffen im Kanzleramt mit Vertretern von Industrie, Arbeitgebern und Gewerkschaften sagte Altmaier, es sei falsch, jetzt mit Vorschlägen vorzupreschen, die dann keine Mehrheit fänden. Rösler kündigte dagegen EEG-Reformvorschläge aus seinem Haus noch für diesen Herbst an.

Grüne und Umweltverbände prangern dagegen die EEG-Privilegien und den Spitzenausgleich für die Industrie an. Der Präsident des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth schlägt vor, nur noch solche Unternehmen von der EEG-Umlage auszunehmen, die sonst tatsächlich gravierende Nachteile im internationalen Wettbewerb hätten. „Dann würden die Kosten auf mehr Schultern verteilt, und die Umlage würde sinken.“ (tb)

► Die FÖS-Studie *Was Strom wirklich kostet* (20 S.) erhalten Sie als PDF unter [www.greenpeace-energy.de/uploads/media/Stromkostenstudie\\_Greenpeace\\_Energy\\_BWE.pdf](http://www.greenpeace-energy.de/uploads/media/Stromkostenstudie_Greenpeace_Energy_BWE.pdf)

► Das Harms-Gutachten *Auswirkungen sinkender Börsenstrompreise auf die Verbraucherstrompreise* als PDF unter [www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/themen\\_az/energie/PDF/Studie-Harms-Wirkung\\_Boersenpreise\\_auf\\_Verbraucherstrompreise.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/PDF/Studie-Harms-Wirkung_Boersenpreise_auf_Verbraucherstrompreise.pdf)

Titel.....	1
Fortsetzung Titel / Ein Foto .....	2
Aus den Kommunen.....	3
Aus Politik und Verbänden.....	4
Publikationen.....	5
Abfall .....	6
Immissionsschutz .....	7
Energie .....	8
Mobilität .....	9
Naturschutz.....	10
EU-Politik .....	11
Umweltrecht .....	12
Trends.....	13
Trends.....	14
Bürgerinfo .....	15
Veranstaltungen / Impressum ...	16

## Urlaubsmobilität

Im Internet lassen sich tourismuskritische Inhalte sehr viel schneller verbreiten als über Reisemessen, Podien und Printmedien. Unser Autor stellt gute und weniger gute Internetportale für nachhaltiges Reisen vor: **Seite 13**

## Elektromobilität

Anfang August startete das erste Projekt im bayerischen „Schaufenster“: 25 Münchner erhielten ihren Mini E, um ihn ein Jahr zu testen. Doch stellt sich die Frage, inwieweit die paar Probefahrer unter fast 1,4 Mio. Einwohnern Elektromobilität einer breiten Öffentlichkeit vorstellen können: **Seite 14**

## Fußmobilität

Jeder Deutsche geht nur 600 Meter pro Tag zu Fuß. Würden wir unsere Gehleistung verdoppeln und dafür das Auto stehen lassen, blieben der Atmosphäre jährlich 1,5 Mio. t CO<sub>2</sub> erspart: **Seite 15**

Ein Foto – und was dahinter steckt

## Wolfswelpen in Westdeutschland



Foto: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben/Helge John

**A**uf einem Truppenübungsplatz in der Lüneburger Heide tappte dieser Wolf mitsamt Nachwuchs am 23. Juli um 19:26 Uhr in die Fotofalle. Damit hat der Wolfsberater der Niedersächsischen Landesforste, Helge John, bewiesen, dass der graue Jäger nun auch erstmals wieder in Westdeutschland angesiedelt ist – von Polen kommend über Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Mittlerweile leben hierzulande wieder mehr als 100 Wölfe in fünfzehn Rudeln. Die Mutter der niedersächsischen Welpen entstammt wahrscheinlich dem Nochtener Rudel aus Sachsen. „Bald werden die Tiere von der Lüneburger Heide aus weitere westliche Bundesländer besiedeln“, sagt der Wolfsexperte des NABU, Markus Bathen. Auch im westlichen Polen und nahe der Grenze zu Deutschland ist die Zahl der Wolfsrudel weiter angestiegen. Das belegen Ergebnisse der polnischen Naturschutzorganisation Association for Nature Wolf. Doch dort werde nun eine jährliche Abschussquote diskutiert, sagt Robert Kless vom Internationalen Tierschutz-Fonds IFAW: „Das wäre verheerend und hätte auch negative Auswirkungen auf die Wölfe in Deutschland.“ (tb)